

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Gust. Ad. Schich, Hoflieferant,
Gr. Gerberstr. u. Breiterstr. Ecke,
Otto Niekisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur:
G. Wagner in Posen.

Redaktions-Sprechstunde
von 9-11 Uhr Vorm.

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertunddritter

Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz Posen
bei unseren Agenturen, ferner bei
den Annoncen-Expeditionen
H. Mosse,
J. Neumann & Vogler & Co.,
G. J. Paube & Co.,
Invalidendank.

Verantwortlich für den Inseraten-
theil:
W. Braun in Posen.

Fernsprech-Anschluß Nr. 108.

Nr. 262

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal,
am auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
am Sonn- und Festtage ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4,50 M., für die Stadt Posen, für ganz
Preußen 5,40 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reichs an.

Mittwoch, 15. April.

1896

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

50. Sitzung vom 14. April, 12 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag des Abgeordneten Johannsen (Däne), die Staatsregierung zu ersuchen, die Anweisung des Oberpräsidenten zu Schleswig vom 18. Dezember 1888, betreffend den Unterricht in den Nordschleswiger Volksschulen, dahin abzuändern, daß in den Schulen mit dänischem Religionsunterricht wenigstens 2 Stunden wöchentlich Unterricht in der Dänischen Sprache gegeben werde.

Zur Begründung seines Antrags führt Abg. Johannsen aus: In Nordschleswig ist der Unterricht in der dänischen Sprache nicht nur natürlich, sondern sogar notwendig, denn das Dänische ist dort die Volkssprache. Man muß, wenn man das Wohl der Bevölkerung will, der Muttersprache nicht zu nahe treten. Früher hat man auch in den nordschleswigen Volksschulen dänischen Unterricht erteilt, erst durch ein Ministerialerkenntnis von 1888 ist allgemein die deutsche Sprache dort eingeführt worden. Seitdem haben die Beteiligten Petitionen über Petitionen und zahlreiche Deputationen an den Kultusminister geschickt, ohne daß eine Änderung eingetreten ist. Wie kann man aber eine Sprache als Unterrichtssprache anwenden, die die Kinder gar nicht verstehen? Nach der größten Teil der Bevölkerung hat sich für Zulassung des Dänischen ausgesprochen.

Gebetsrat Köpfe bittet, den Antrag abzulehnen. Namens der Regierung habe ich zu erklären, daß die Regierung, unbetört von den Klagen und Forderungen, nicht den geringsten Grund hat, von dem Wege abzugehen, den sie betreten hat in Bezug auf die Maßnahmen in dem nordschleswigen Sprachgebiet. (Beifall.) Die Regierung wird auf diesem Wege weiter gehen, denn die Kinder Nordschleswigs sind deutsche Unterthanen und sollen zu tüchtigen deutschen Bürgern herangezogen werden. Die Regierung wird mit allen ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln dieses Ziel weiter verfolgen trotz aller deutsch-feindlichen Agitation und trotz aller künstlichen, jüdischen und sentimentalen Mittel, die diese Agitation anwendet. Die Regierung kommt der dänischen Bevölkerung nach Kräften entgegen, in einigen Distrikten wird schon jetzt wöchentlich vier Stunden dänischer Religionsunterricht erteilt. Weiter können wir aber nicht gehen, denn damit würden wir nur der dänischen Agitation dienen, dazu kommt noch, daß in Nordschleswig nur Plattdänisch gesprochen wird, und daß die Kinder das Hochdänische gar nicht verstehen. Der Antrag ist nur im Interesse der dänischen Agitation gestellt, und der kann die Regierung nicht entgegenkommen. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Bachmann (nl.) polemisiert gegen den Abg. Johannsen. In Nordschleswig mache das Deutschthum immer weitere Fortschritte. Die Annahme des Johannsenschen Antrages würde unter den Deutschen in Nordschleswig die allergrößte Unzufriedenheit erregen.

Abg. Jürgensen (nl.) beantragt, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen. Ganz Nordschleswig sei jetzt schon mit einem Neb von agitatorischen dänischen Vereinen überzogen, eine maßlose Presse greife fortgesetzt die Deutschen an.

Abg. Hintelen (Str.) spricht sich gegen den Uebergang zur Tagesordnung aus, man müsse auch den anderen Parteien Gelegenheit geben, sich zu den Anträgen Johannsen zu äußern. Das Centrum habe die dänische Agitation, glaube aber doch, daß der Antrag Johannsen nur eine Forderung der Gerechtigkeit sei, und würde deshalb seinen Exzitationen entsprechend für denselben gestimmt haben.

Abg. v. Czarlinski (Pole) beklagt es, daß der Minorität durch den vorzeitigen Schluß der Debatte das Wort entzogen sei. Präsident v. Köller verweist auf den § 52 der Geschäftsordnung, nach dem Anträge auf Uebergang zur Tagesordnung stets gestellt werden könnten. Es habe ein Redner für und ein Redner gegen den Antrag Jürgensen gesprochen, es sei also durchaus geschäftsordnungsmäßig verfahren worden.

Abg. v. Czarlinski bezieht sich hierauf zunächst die Beschlußfähigkeit des Hauses. Da dies aber nach der Geschäftsordnung nicht zulässig ist, beantragt er, daß über den Antrag Jürgensen namentlich abgestimmt werde.

Dieser Antrag findet jedoch nicht die nötige Unterstützung. Der Antrag Jürgensen wird hierauf mit großer Mehrheit angenommen. Der Antrag Johannsen ist also durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Es folgt die Beratung des Antrags Windler u. Gen. (konl.) betr. Vorlegung eines Gesetzesentwurfes, durch welchen die im § 4 des Gesetzes vom 27. Februar 1880, betreffend die Besteuerung des Wanderlagerbetriebs vorgeschriebenen Steuersätze erhöht werden.

Abg. Windler (konl.) begründet den Antrag. Der sechste Teil der Gewerbesteuer muß gegen die schrankenlose Konkurrenz. Durch den plötzlichen hereinbrechenden Betrieb eines auswärtigen Unternehmens, der durch große Klame und berartige Manipulationen sich in dem betreffenden Orte zu bereichern sucht und denselben wieder verläßt, nachdem er in kurzer Zeit möglichst viel Geld herausgeschlagen hat, wird der sechste Teil der Gewerbesteuer schwer geschädigt. Dies wird verhindert am besten dadurch, daß man die Steuersätze für Wanderlager möglichst erhöht, denn sonst hat das Gesetz vom Jahre 1880 gar keinen Zweck. Der Unternehmer eines Wanderlagers ist im Stande, seine Waren zu erheblich billigeren Preisen anzubieten, da er ausschließlich bare Zahlungen bekommt und da er dem Publikum gegenüber wenig Rücksichten nimmt, während die angesehnen Kaufleute Kredit geben müssen. Auch im Reich macht sich ja jetzt das Streben zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs geltend, und hier handelt es sich doch auch um unlauteren Handel. Politische Zwecke verfolgen wir mit dem Antrag nicht. (Beifall rechts.)

Inzwischen ist ein Zusatzantrag des Abg. Kircher (Str.)

eingegangen, wonach die Höhe der Besteuerung den Gemeinden überlassen werden soll.

Generalsteuerdirektor Burghart: Der soeben eingebrachte Zusatzantrag ist mit dem Gesetze nicht vereinbar, das die Steuer einheitlich regelt. Ebenso, wie der Vorredner von dem Bestreben geleitet ist, die kleineren und mittleren sechsten Gewerbetreibenden gegen die Konkurrenz der Wanderlager zu schützen, wird auch die Regierung von derselben Absicht befeuert, so weit dies die Verhältnisse der Steuererhebung gestatten. Im Uebrigen bin ich nicht ermächtigt, eine bestimmte Stellung der Regierung gegenüber dem Antrag zum Ausdruck zu bringen, weil eine Beschlußfassung darüber noch nicht stattgefunden hat. Die Regierung hat sich allerdings mit demselben Gegenstande schon in Folge einer Petition aus dem anderen Hause befaßt. Wir haben Schritte gethan, um offizielle Nachrichten über den gegenwärtigen Stand dieser Steuererhebung in den Einzelstaaten einzuziehen, und werden den Grund, das verfolgen, daß ein gewisses Gleichgewicht in der Besteuerung in den einzelnen Bundesstaaten aufrecht erhalten wird. Preußen kann nicht eine Art Insel bleiben. Das war ja auch der Zweck des Gesetzes von 1880. Wenn sich dann herausstellt, daß das bestehende Gesetz diesen Zweck nicht mehr erfüllt, so werden wir in Erwägung ziehen, ob wir jetzt einen Schritt weiter zu gehen haben. Die Ansicht des Vorredners, daß der Zweck des Gesetzes nicht erreicht ist, ist falsch. Das Gesetz vom Jahre 1880 wurde als eine Wohlthat begrüßt, und es hat sich auch als eine solche bewährt, denn die Zahl der Wanderlager ist in den letzten Jahren ganz erheblich zurückgegangen. (Redner theilt die betr. statistischen Zahlen mit.) Wenn der Gesetzesentwurf, betr. den unlauteren Wettbewerb, Gesetz wird, und wenn die neuen Bestimmungen der Gewerbeordnungs-Novelle angenommen werden, dann werden auch die Wanderlagenthätigkeiten so gut wie ganz verschwinden, denn sie sind dann nur noch zulässig bei Waaren, die einem raschen Verderben ausgesetzt sind. Jedenfalls werden wir den Antrag nach jeder Richtung hin einer sorgfältigen Erwägung unterziehen.

Abg. Kircher (Str.): Die Wanderlager bilden einen Aufwuchs des Gewerbebetriebes. Es werden dadurch nicht nur die Gewerbetreibenden, sondern auch das kaufende Publikum geschädigt, dem minderwertige Waaren angeboten werden. Die Besitzer von Wanderlagern verfügen meistens über große Mittel, treiben eine umfangreiche Klame und schädigen die sechsten Kaufleute weit mehr als Detailreisende und Hausierer. Deshalb ist eine höhere Besteuerung der Wanderlager durchaus am Platze. Redner führt dann einzelne Fälle an, wo die Besitzer von Wanderlagern betrügerische Verhältnisse hatten, in einem Orte hätten jedoch die angesehnen Kaufleute durch Aufkauf in den Betrieben die Leute rechtzeitig aufgeklärt und der betreffende, der ganz schlechtes Schuhwerk verkaufen wollte, verschwand am anderen Tage.

Abg. Hansen (freisl.) erklärt, daß keine politischen Freunde dem Antrag Windler zustimmen würden, das Amendement Kircher jedoch nicht annehmen könnten.

Abg. Richter (Freil. Volksp.): Was man aber durch Selbsthilfe leisten kann, dazu soll man doch nicht nach Polizei- und Geseßeshilfe rufen. Die ortsansässigen Ladenbesitzer sind zunächst die Interessenten, den Inhabern von Wanderlagern scharf auf die Finger zu legen und sich gegen solche Betrügereien zu wehren. Der Fall, den der Abg. Kircher anführte, spricht nun durchaus nicht für den Antrag Windler, sondern eher gegen ihn, denn er zeigt, daß man, um Betrügereien abzuwehren, gar keiner Änderung der Gesetzgebung bedarf. Was nun die Steuerfrage betrifft, so ist es ganz unmöglich, die Steuerverhältnisse in einem Gewerbebetriebe, der sich nicht auf einen einzelnen Ort beschränkt, sondern im Umherziehen betrieht, der, der Beschäftigung der einzelnen Gemeinden zu überlassen; dies würde dem ganzen System unserer Steuererhebung widersprechen. Mit Recht regelt die bisherige Steuererhebung diese Zuschläge wie die Steuererhebung für Wanderlager und die Erhebung von Marktschlagern nach allgemeinen Bestimmungen und beschränkt die Befugnisse der Gemeinden. Anders wäre es ja, wenn eine Bestimmung vorgelassen würde, den Ertrag der Wanderlagersteuer nicht wie bisher den Kreisen zu überlassen, sondern durch ein Staatsgesetz den Gemeinden zuzuwenden. Dies würde mir an sich richtiger erscheinen. Alle Ziffern, die mir im Laufe des Jahres zu Gesicht gekommen sind, thun dar, daß die Einnahmen aus der Wanderlagersteuer für einzelne Bezirke kaum über 100-200 M. hinausgehen. Für Berlin beträgt die Wanderlagersteuer im Jahre ungefähr 128 Mark. Ich bedaure, daß man nicht eine ausführliche Statistik vorgelegt hat, die man zu einer solchen Frage Stellung nimmt. Der Generalsteuerdirektor hat gesagt, daß wir 536 Betriebe im letzten Jahre gehabt haben. Ich weiß nicht, ob es sich hier um 536 Betriebe an einzelnen Orten handelt, oder ob es 536 Firmen gegeben hat, die Wanderlager betreiben und die von einem Orte zum anderen gezogen sind. Ich glaube kaum, daß die Steuer aus den Wanderlagern im Ganzen nur einen Betrag von 100 000 M. erreicht, obwohl die Steuer an und für sich sehr hoch ist und weit hinausgeht über den Betrag der Steuer des ansässigen Gewerbebetriebes, selbst wenn man die Einkommensteuer allen übrigen Steuern hinzurechnet.

Der Antragsteller hat mit Bezug auf die Verhältnisse seiner engeren Heimath gesagt, daß die ansässigen Kaufleute mit den Wanderlagern sehr unzufrieden wären. Das kann ich ihnen durchaus nicht abnehmen. Maßgebend ist aber für mich zunächst die Frage, ob auch das Publikum mit den Wanderlagern unzufrieden ist. Dann würde die Sache von selbst aufhören. Es ist doch auch noch nicht gesagt, daß das Publikum, wenn es keine Wanderlager gibt, seine Bedürfnisse bei den ansässigen kleinen Kaufleuten befriedigt. Es wird sicher sehr viele Leute geben, die alsdann in die nächste größere Stadt fahren. In einer Zeit, wo man Eisenbahnen erbaut und alles thut, um dem Publikum das Reisen zu erleichtern, da sollte man sich doch davor hüten, solche kleinsten Gesetze zu machen. Betrügereien würde man auch durch keine noch so hohe Steuer vermeiden können. Wenn ein Wanderlagerbesitzer z. B. Schuhe, die bloß 80 Pf. werth sind, für 2,50 M. verkauft, so würde er doch auch noch ein sehr gutes Geschäft machen, selbst wenn man die Steuer verdreifacht.

Der eigentliche Zweck des Antrages ist nur,

die Form der Besteuerung zu benutzen, um den Betrieb der Wanderlager an sich unmöglich zu machen. Ich halte das für ganz falsch, für ebenso falsch, wie wenn man durch eine hohe Besteuerung die Jahrmärkte und Messen unmöglich machen wollte. Es wird ja auch jetzt schon von den ortsansässigen Kaufleuten darüber geklagt, daß auf den Jahrmärkten nur Schundwaare zu Schandenpreisen verkauft wird. Die niedrigen Preise der Wanderlager sind übrigens nur durch die Konzentration des Absatzes an gewissen Tagen und in gewissen Orten möglich. Auch darf man nicht glauben, daß etwa die eingesehnen Handwerker nur das verkaufen, was sie selbst produziert haben. Zum Beispiel hat die für Dramburg angestellte Enquete ergeben, daß selbst an kleinen Orten die Schuhmacher viele Schuhe nicht selbst produzieren, sondern sie aus großen Betrieben, aus Gefängnissen u. s. w. beziehen. Nun sagt man zwar, der Besitzer eines Wanderlagers verschwindet, wenn er seine Sachen verkauft und die Leute betrogen hat, aber es bleibt doch auch viele derartige Firmen, die sich ein gewisses Renommee erworben haben und im nächsten Jahre denselben Ort wieder aufsuchen. Der Antragsteller hat darauf hingewiesen, daß die ansässigen Ladenbesitzer Kredit geben müssen, während bei den Wanderlagern dieses nicht der Fall ist. Wir haben keine Ursache, das Kreditgeben zu begünstigen, denn das ist sicher ein häßlicher Kreditwucher. Das Kreditgeben anzuführen als einen Grund gegen die Wanderlager, das scheint mir doch nicht mit richtigen volkswirtschaftlichen Ansichten vereinbar zu sein.

Ginter dem Antrag lauert die Tendenz, durch die Besteuerungsform ganze Betriebsformen unmöglich zu machen, welche die Reichsgesetzgebung gestattet. Dagegen muß ich mich verwahren. Wenn Sie die Ansicht hegen, daß überhaupt die Wanderlagerwirtschaft verderblich ist, so mögen Sie doch im Reichstage einen Antrag zur Gewerbeordnung einbringen und dann muß die Sache dort zum Austrag kommen. Aber hier die Landesgesetzgebung zu benutzen, um die Reichsgewerbeordnung durch hohe Steuerlasten faktisch zu durchbrechen, das halte ich für durchaus falsch. Dann wird Bezug genommen auf die Gesetzgebung gegen den unlauteren Wettbewerb. So nennt man heute viele Dinge. Es ist ja richtig, daß man gewisse Formen dieses Wettbewerbs, die an Betrug heranreichen, wenn sie auch noch nicht alle Kriterien des Betruges in sich schließen, durch besondere Maßnahmen zu unterdrücken sucht. Dabei ist man eben im Reichstage. Wissen Sie noch andere Formen des unlauteren Wettbewerbs, die erreichbar sind und wirksam unterdrückt werden können, besondere Formen, die an den Wanderlagerbetrieb anknüpfen, dann ist es den Parteien unbenommen, im Reichstage am Donnerstag bei der Beratung des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb solche Anträge zu stellen, aber hier unter einer allgemeinen Berufung auf diesen Wettbewerb eine Betriebsform im Gegensatz zur Reichsgewerbeordnung zu unterdrücken, das halte ich für unzulässig. (Beifall links.)

Generalsteuerdirektor Burghart: Ich möchte dem Abg. Richter zu seiner Verhütung sagen, daß ein Widerspruch zwischen der Reichsgewerbeordnung und der Wanderlagersteuer in keiner Weise geschaffen ist. Denn diese bewegt sich vollständig in den Geleisen, die die Reichsgewerbeordnung offen gelassen hat für die Landesgesetzgebung. Die Zahlen, die ich angeführt habe, sind nicht die Zahlen von Firmen oder einzelnen Gewerbetreibenden, sondern die Zahlen der einzelnen Fälle, in denen in den einzelnen Kommunen dergleichen Betriebe aufgestellt sind. Wenn also eine Firma das ganze Jahr umherzieht und jede Woche in einem anderen Orte ein Wanderlager aufmacht, so würde sie 52 Mal angeführt worden sein. Der Wunsch des Abg. Richter, daß nicht den Kreisen, sondern den Gemeinden die Erträge aus der Wanderlagersteuer überwiesen werden möchten, ist jetzt schon erfüllt. Nach den Ausführungsbestimmungen des Gesetzes wird jetzt schon für alle Gemeinden über 2000 Einwohner die Steuer den Gemeinden zugewiesen und nur für die kleinen Gemeinden unter 2000 Einwohner bleibt die Steuer den Kreisen zu.

Abg. Hausmann (nl.) erklärt, daß die nationalliberale Partei dem Antrag Windler zustimmen würde.

Abg. Kircher (Str.) bittet nochmals um Annahme des Antrags Windler in Verbindung mit dem von ihm gestellten Amendement.

Abg. Richter: Die Erklärungen des Regierungsvertreters zeigen, daß die Frage noch minimalistischer ist, als ich geglaubt habe. Es ist nur in 550 Orten im Laufe eines Jahres irgend ein Wanderlagerinhaber aufgetreten. Nehmen Sie an, daß der Mann in jeder Woche einen anderen Ort aufsucht, so stellt sich heraus, daß es überhaupt nur zehn solcher Firmen giebt, die sich mit Wanderlagern abgeben. Verändert er alle 14 Tage seinen Ort, so giebt es zwanzig solcher Firmen und wenn er alle drei Wochen einen solchen Ort aufsucht, so kommen wir auf 25 bis 30 Firmen. Ich schreibe aus den Ausführungen des Generaldirektors, daß der ganze Ertrag der Wanderlagersteuer gegenwärtig jährlich 20 bis 30 000 M. nicht übersteigt. Es ist also ganz gleichgültig, ob man da noch vielleicht 10 000 M. mehr herauszieht. Die Verhandlungen hier kosten mehr, als die Wanderlagersteuer einbringt. Im übrigen geht ja aus der Erklärung des Regierungsvertreters hervor, daß man nicht die Absicht hat, die Steuer herauszufordern, um das ganze Gewerbe zu vernichten.

Generalsteuerdirektor Burghart: Wir haben es nicht nur mit solchen Inhabern von Wanderlagern zu thun, die das ganze Jahr im Lande umherziehen, sondern es giebt auch eine ganze Reihe solcher, die nur einmal ein Wanderlager eröffnen. Die Zahl ist also größer, als der Abgeordnete Richter annimmt. Die Steuer betrug im Jahre 1891/92 40 000 M. und sie ist 1894/95 auf 34 000 M. gesunken.

Abg. Richter: Ich habe die Steuer auf 25-30 000 Mark geschätzt. Wie Sie hören, beträgt dieselbe nur 34 000 M. Ob wir also noch 10 000 M. mehr heraus schlagen wollen oder nicht, damit lösen wir keine soziale Frage. Wenn es richtig ist, daß unter den Inhabern solcher Geschäfte es auch solche giebt, die nur gelegentlich solche Wanderlager eröffnen und im übrigen sechsten Leute sind, so sollte man sich doppelt vor Verlastung dieser Leute durch gesetzliche Maßregeln hüten.

Stiermit schließt die Debatte.

Nach einem Schlusswort des Abg. Winkler wird der Antrag antraglicher abgelehnt, der Hauptantrag Winkler gegen die Stimmen der beiden freisinnigen Parteien und einiger weniger Nationalliberalen angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrags v. Brochhausen (konf.) und Genossen, betreffend Vorlegung eines Gesetzentwurfs, nach welchem von den nach dem Gewerbesteuergebot vom 24. Juni 1891 gewerbesteuerpflichtigen Warenhäusern, Bazaren, Versandgeschäften und ähnlichen Unternehmungen eine besondere aufsteigende Betriebssteuer erhoben und diese Steuer den Kreisen (Land- und Stadtkreisen) überwiesen wird.

Abg. v. Brochhausen (konf.) führt zur Begründung aus, daß der Antrag dieselben Tendenzen befolge wie der eben angenommene Antrag Winkler. Auch hier handelt es sich um den Schutz des leistungsfähigen Gewerbetreibenden. Bei den Verhandlungen im Reichstag über die Gewerbesteuer äußerte sich der Abgeordnete Cessmann von der Freisinnigen Volkspartei dahin: „Warum will man die kleinen Detailhändler treffen? Man gebe lieber gegen die großen Magazine und Versandhäuser vor.“ Die Unternehmungen, die durch marktfeindliche Reflektion und billige Preise das Publikum anzulocken suchen, müssen von den realen Geschäften streng getrennt werden. Die ersten führen geradezu einen systematischen Kampf gegen den Mittelstand. So sollen z. B. in der Woche vor Weihnachten einzelne solcher Geschäfte in Berlin 500 000 M. eingenommen haben, während die Läden in ihrer Nähe ganz leer standen. Auch beschränken sich solche Unternehmungen nicht auf ein Geschäft, es gibt Unternehmer, die 30 bis 40 Filialgeschäfte an verschiedenen Orten besitzen und in Folge des gemeinsamen Einkaufs billiger verkaufen können als die kleinen Leute. Das Gesetz betr. den unlauteren Wettbewerb wird diese Mißstände nicht beseitigen können; das ist nur möglich durch eine erhöhte Steuer, wie sie in Frankreich besteht. In Bayern lag in der vorigen Session ein solcher Antrag vor, zu dem sich die Regierung sehr wohlwollend geäußert hat und den alle Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten angenommen haben. Die großen Städte bekommen durch den Antrag eine neue Steuerquelle, die ihnen vielleicht Ersatz bietet für die Verlastung, die sie angeblich durch das Verkehrsverbotsgesetz erleiden. (Beifall rechts.)

Abg. Baummann (nl.): Soweit es sich darum handelt, den leistungsfähigen Gewerbetreibenden zu schützen, stimmt meine Partei mit dem Gedanken des Antrags überein. Aber es kommen doch noch andere Fragen hierbei in Betracht, so z. B. die Art der Besteuerung. Ich beantrage deshalb, den Antrag an eine Kommission von 14 Mitgliedern zu verweisen.

Finanzminister Dr. Miquel: Mit dem Ziel und den Tendenzen des Antrags ist die Regierung einverstanden. Es handelt sich hier aber um ein sehr schweres soziales Problem. Während die Frage der Wanderarbeit eine verhältnismäßig unbedeutende war, müssen wir uns hier nach allen Richtungen hin besinnen, ob wir nicht durch gesetzliche Eingriffe schwere Konflikte herbeiführen. Wir leben das ja in Frankreich, wo die Regierung in dieser Richtung fortwährend versuchsweise tappend vorgeht, ohne das eigentliche Ziel bisher erreicht zu haben. Bei uns liegen die Verhältnisse freilich anders, unsere Gewerbesteuer ist progressiv, und während in Frankreich die großen Betriebe wie alle anderen Betriebe in bestimmte Klassen eingeteilt sind, ohne Rücksicht auf den Umfang des Geschäftes, haben wir eine Besteuerung nach Maßgabe des Anlagekapitals und des Ertrags.

Wir haben hier in Berlin große Waren-Verkaufsmagazine, die bis zu 12 000 M. Gewerbesteuer jährlich zahlen. Das Bedürfnis einer besonderen Besteuerung ist also bei uns nicht so groß wie in Frankreich, zumal da die Kommunen das Recht haben, ihrerseits noch besondere Steuern zu erheben, und ich halte es für berechtigt, wenn sie hier von möglichst viel Gebrauch machen. Hoffentlich gelangen wir Schritt für Schritt in der Entwicklung der kommunalen Gewerbesteuer weiter. Der Antragsteller sagt, er habe absichtlich keine konkreten Vorschläge gemacht. Ich bedaure das. (Gelächter.) Aber da ich durchaus nicht gewillt bin, die Tendenz des Antrags einfach bei Seite zu werfen, so kann ich Ihnen nur die Überweisung an eine Kommission empfehlen. Wir werden dann sehen, ob wir zu irgend welchem praktischen Resultat gelangen. Vorläufig stehe ich der Sache noch sehr skeptisch gegenüber, denn wir würden ähnlich wie in Frankreich mit ziemlich rohen, willkürlichen Eingriffen vorgehen und manche treffen, die wir nicht treffen wollen. Ich erinnere z. B. an die Versandgeschäfte, unter denen sich sehr solide befinden. Diejen arbeiten in der Zeit der Telegraphen und des Telefons und der billigen Eisenbahntarife, vor allem aber der billigen 50 Pfennig-Ware auf der Post mit geringeren Kosten. Jedenfalls ist die Regierung geneigt, die Sache zu prüfen.

Abg. Felsch (konf.) hält eine Eindämmung der großen Warenhäuser für nötig, da durch diese der reelle Kaufmannsstand und das Handwerk gefährdet werde, und bittet aus diesem Grunde um Annahme des Antrags.

Abg. v. Tschopp (st.) führt aus, daß seine Freunde große Bedenken gegen den Antrag hätten, so sehr sie auch sonst die Förderung des Mittelstandes wünschten. Der Antrag werde jedoch Verhältnisse treffen, die er nicht treffen wolle, und sei in seinen Wirkungen durchaus unerträglich. Eine Kommissionsberatung sei überflüssig.

Abg. Dabach (Centr.) tritt Namens seiner Partei für den Antrag und für eine Kommissionsberatung ein.

Abg. v. Charni (nl.): In einem Roman von Zola findet sich eine ergreifende Schilderung von dem Untergang kleiner Geschäfte durch die Konkurrenz der großen Bazare. Die französische Gesetzgebung hat es versucht, den kleinen Geschäften zu helfen, hat jedoch keine günstigen Resultate erzielt. Es würde mich freuen, wenn es uns gelingen sollte, auf Grund des Antrags in einer Kommissionsberatung dieses schwere Werk zu Stande zu bringen. Große Hoffnungen habe ich jedoch nicht, denn die großen Bazare werden von der Gunst des Publikums getragen, man darf auch natürlich in der Bekämpfung der großen Bazare nicht zu weit gehen. Diese großen Geschäfte können hauptsächlich nur so billig verkaufen, weil sie vielfach den Zwischenhandel entbehren gemacht haben. So hat z. B. das Geschäft von Rudolf Herzog mit vielen Fabrikanten ein Abkommen geschlossen und ihnen die Verpflichtung auferlegt, nur für seine Firma zu liefern. Es kauft also direkt vom Produzenten und verkauft direkt an den Konsumenten. Man wird doch nicht den Geschäftsbetrieb eines Mannes, der für patriotische Zwecke so viel aufwendet, durch hohe Steuern unmöglich machen können. Darauf wird der Antrag an eine Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Präsident v. Köller schlägt vor, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung die Kreditvorlage zu setzen.

Graf Limburg-Stirum (l.) beantragt dagegen, das Verkehrsverbotsgesetz auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Frhr. v. Seereman erhebt Namens des Centrums gegen letzteren Vorschlag Widerspruch, da dies gegen die im Laufe des Tages getroffenen Vereinbarungen verstoße.

In der Abstimmung wird schließlich der Antrag des Grafen Limburg-Stirum angenommen.

Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr (zweite Beratung des Verkehrsverbotsgesetzes).
Schluß 4 Uhr.

Deutschland.

□ Berlin, 14. April. [Stöcker und Witte.]

Herr Stöcker, der durchaus nichts mit dem Richter zu thun haben will, wird jetzt doch vor den Rabi geschleppt werden. Der Pfarrer Witte kündigt die Beleidigungsklage gegen Stöcker an. Der ehemalige Hofsprecher hatte sich erdreist, einen Brief für gefälscht zu erklären, den Witte seinerzeit veröffentlicht hatte, und in dem Stöcker den Schneidermeister Grüneberg aufforderte, den Pfarrer Witte in öffentlicher Versammlung als einen Mann anzugreifen, der Juden gegen Geld Titel zu verschaffen pflege. Am 11. April hat Johann Stöcker noch einen Trumpf darauf gesetzt, indem er leichtfertigerweise in seiner „Evangel. Kirchenztg.“ behauptete: „Der gefälschte Brief ist offenbar korrigiert, um mit dem Schein der Echtheit die öffentliche Meinung irrezuführen.“ Für diese Lebenswürdigkeiten also will sich Pfarrer Witte die Quittung beim Strafrichter holen. Für Herrn Stöcker bleibt nur übrig, entweder wiederum Abbitte zu leisten, wie an den Grafen von Schlieben, oder aber sich empfindlich verurtheilen zu lassen. Denn darüber ist kein Zweifel, daß jener Brief an den Schneidermeister Grüneberg wirklich von Stöcker geschrieben worden ist. Es giebt Zeugen, die Herrn Stöcker das Gedächtniß schärfen werden. Auf seine Briefe bestand er sich zwar merkwürdig schlecht, wenn sie ihm un bequem werden, und so hat er sich auch an den berüchtigten Scheiterhaufenbrief nicht erinnern können, als bis der „Vorwärts“ das Faktum abdruckte. Von besonderem Interesse ist die Enthüllung des Pfarrers Witte, daß der Oberkirchenrath seinerzeit die Hergabe von Schriftstücken, die sich auf diese Angelegenheit beziehen, abgelehnt und die Schriftstücke sogar dem Konsistorium vorenthalten hat, mit der Begründung, daß dies dem deutschen Reiche oder einem Bundesstaate Schaden bereiten könnte. Damals war Herr Stöcker noch im Amte, und eigentlich mußte es schon zu jener Zeit mindestens ebenso kompromittierend für ihn sein, daß kompromittierende Schriftstücke von ihm und über ihn existierten, wie es die Bekanntgabe dieser Sachen selber gewesen wäre. Pfarrer Witte hofft, daß diese Schriftstücke jetzt, wo er nicht mehr im Amte ist, unbedenklich werden veröffentlicht werden. „Unbedenklich“ zwar wohl nicht, aber die Veröffentlichung ließe sich erzwingen, oder zum Mindesten ließe sich gerichtlich feststellen, was es mit jenen Briefschaften und Akten für eine Bewandniß hat. Herr Witte brauchte nur die Herren vom Evangelischen Oberkirchenrath als Zeugen in dem Prozeß gegen Stöcker vorzuladen und man würde ja das Weitere hören.

Die Reichstagskommission für das bürgerliche Gesetzbuch hat heute ihre Arbeiten wieder aufgenommen. Die Paragraphen 813–815 wurden genehmigt, worauf in den Beratungen eine Pause eintrat.

Der Staatsminister v. Wegnern versendet von Berlin aus eine lange Erklärung des schauburg-lippischen Staatsministeriums über den Thronstreit. Es wird darin gelegentlich, daß das Ministerium die Frage als eine politische behandle:

Ganz im Gegentheil! Das Erbrecht der gräflichen Linien zu Völs-Steierfeld und Völs-Weissenfeld wird diesseits lebhaft deshalb in Abrede gestellt, weil sämtliche jetzt lebenden Mitglieder derselben aus unbedingter Ege abstammen und dadurch ihre Eigenschaft als successionsfähige Agnaten des im Fürstenthum Völs regierenden Fürstenhauses verloren haben. Lediglich, um diese nach den Normen des Erbfolgerechts und Thronfolgerrechts zu entscheidende Erbfolgefrage dreht sich auch nach schauburg-lippischer Auffassung der Streit wegen der demnächstigen Thronfolge in Völs. Wenn dieselbe in der Presse darauf hingedeutet worden ist, als luche das Haus schauburg-Völs aus seiner hervorragenden sozialen und staatsrechtlichen Stellung und seinen guten Familienbeziehungen für die Erledigung der Thronfolgefrage Vorteile zu ziehen und lege diese Umstände für Gründe politischer Nothwendigkeit zu seinen Gunsten an, so können derartige haltlose und unwahre Verdächtigungen nicht entscheidend genug zurückgewiesen werden. . . . Wenn trotzdem das schauburg-lippische Ministerium seiner Zeit gegen den Antrag der fürstlich lippischen Regierung auf Bestellung des Reichsgerichts protestirt hat, so hat ihm dabei die Tendenz, die Streitfrage der unparteilichen Entscheidung nach strengem Rechte zu entziehen, durchaus fern gelegen. Nur eine vorweggenommene und überwundene Beurteilung konnte einem deutschen Bundesfürsten und seiner Regierung solche Absichten unterliegen. Gleichwohl hat dieselbe, durch die Tagespresse geistlich verbreitet, in der öffentlichen Meinung erheblich Raum gewonnen. Die diesseitige Vorstellung gegen den lippischen Antrag bezweckt lebhaft, gegen die Rechtsverletzung zu protestiren, der der Fürst bei Annahme desselben ausgelegt sein würde. Diese Rechtsverletzung bestand darin, daß derselbe durch ein für den einzelnen Fall erlassenes Reichsgesetz gezwungen werden sollte, sich einem ohne dieses Spezialgesetz unzuständigen Gerichtshof zu unterwerfen. Das Reichsgericht würde in diesem Falle den Charakter eines Ausnahmegerichts gehabt haben, während nach dem deutschen Gerichtsverfassungsgesetz Ausnahmegerichte überhaupt unstatthaft sind. Begründet war der Protest durch den Nachweis, daß der lippische Antrag im Widerspruch mit der deutschen Reichsverfassung stehe und ohne Anerkennung derselben nicht angenommen werden könne. . . . Weder die fürstlich lippische Regierung hat ihrem Antrage auf Bestellung des Reichsgerichts eine Begründung beigefügt, noch haben die Chefs der gräflich und erbherrenlichen Linien ihre Erklärung, warum die Entscheidung des Thronstreites dem Reichsgerichte übertragen werden solle, anders zu begründen versucht, als daß dieses vor allen unparteilich und unabhängig sei. Unparteilichkeit und Unabhängigkeit sind aber sicher nicht nur beim Reichsgerichte oder bei anderen höheren Berufsgerichten zu finden. Bei einem in lokaler Weise für den besonderen Fall eigens gebildeten Schiedsgericht sind dieselben hohen und unerlässlichen Eigenschaften doch sicher ebenfalls vorauszusetzen. . . . Mit der Ueberweisung der Entscheidung des Thronstreites an ein Schiedsgericht ist aber auch der einzige Weg gewiesen, der zur Erledigung der Angelegenheit führen kann. Einem solchen die Entscheidung des Thronstreites anvertrauen zu wollen, hat der Fürst durch seinen Bevollmächtigten zum Bundesrathe bereits in der Sitzung des letzteren am 1. Februar d. J. sich bereit erklärt. Zu irgend welchen weiteren Erklärungen, insbesondere zu solchen an die Öffentlichkeit, fehlte bisher jede Veranlassung, da zunächst den kompromittierenden Vorschlägen seitens des Herrn Reichskanzlers entgegengegangen werden muß. Wenn diese eingegangen sein werden, wird es Zeit sein, weiter Stellung dazu zu nehmen.

— Falsche Vorkführung in der Armee. Mehrfache kriegsgerichtliche Verurtheilungen wegen unrichtiger Verichterstattung und falscher Eintragung in die Listen beim Schießen und Dauerritten haben nach dem „Samb. Kurier.“ dem Kaiser Anlaß gegeben, derartige Manipulationen in einem Erlass auf Schärfte zu verdammen und mit unannehmlicher Bestrafung und Disziplinarmaßnahme zu bedrohen, gleichgültig, ob die Fälschungen zum eigenen Vortheil begangen worden sind oder in der Absicht, die Leistungen einer Truppe in vortheilhafterem Lichte als die einer anderen erscheinen zu lassen.

— Aus dem Königsreich Stumm berichtet das „Volk“ wunderbare Dinge. Vor einigen Wochen stand die Einmündung von St. Arnual in Saarbrücken zur Verhandlung. St. Arnual gehörte bisher zur Gemeinde Brebach, wo Frhr. v. Stumm wohnt. Vor der entscheidenden Abstimmung ließ Kommerzienrath Böckling, der Schwager Stumms, die auf der Halberger Straße beschäftigten Arbeiter aus St. Arnual kommen und befahl ihnen nicht nur, gegen die Eingemündung zu stimmen, sondern fügte auch die Drohung hinzu, daß jeder Arbeiter, der diesem Befehl zuwiderhandle, entlassen werden solle. Das „Volk“ deutet weiterhin an, daß Stumm auch auf die Haltung des Landraths von Saarbrücken und auf die unehrenhafte Verletzung von Oberlehrern am Gymnasium in Saarbrücken einen bestimmenden Einfluß ausübe.

— Die in Eisenach vermittelte Delegation der technischen Hochschulen des deutschen Reiches beschloß, daß zur Ausnahme in technischen Hochschulen das Reifezeugniß eines deutschen Gymnasiums oder einer Realschule erforderlich ist. Ueber die Zulassung zu den Vor- und Diplom-Prüfungen wurde die gegenseitige Anerkennung der Diplome seitens der Einzelstaaten gewünscht.

Aus dem Gerichtssaal.

○ Krotoschin, 14. April. Der Termin zur gerichtlichen Verhandlung gegen den Einbrecher Fischer Kalmuricz ist nunmehr festgesetzt. Kalmuricz wird sich wegen Diebstahls in Krotoschin verurtheilt einbrecherisch diebstahl in einer außerordentlichen Sitzung am 8. Mai vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten haben. Es sind ca. 30 Zeugen geladen. In Bezug auf die Mordthat, die Kalmuricz verübt zu haben, weshalb die Hinrichtung des Martin Kofot ausgesetzt ist, sind irgend welche Beweise bisher nicht erbracht worden.

Ver mis ch tes.

+ Aus der Reichshauptstadt, 14. April. Zur Zeichenfeier für den 18. v. Schraders berichtet die „Kreuzztg.“, daß die Verlegung der Garnisonkirche sei „hauptsächlich“ deshalb erfolgt, „weil der Verstorbene in seiner letzten persönlichen Beziehung zur Hof- und Garnisonkirche gestanden hat.“ Ohne eine solche konnte die Benennung einer Hofkirche, die sonst nur in den außerordentlichen Fällen zu einer derartigen Feier eingeräumt zu werden pflegt, gerade in diesem Falle am wenigsten angezeigt erscheinen. — Nach dem „Vol.-Anz.“ hat der Ortsgemeindeführer an St. Georg in Krotoschin, wo die freiherrliche Schradersche Familie ein Begräbniß besitzt, seine Theilnahme an einem kirchlichen Begräbniß Schraders versagt.

Der für 2. Mai geplante Festakt der Akademie der Künste ist auf Befehl des Kaisers vom Vormittag auf Nachmittags 4 Uhr verlegt worden, weil der Kaiser am Vormittag in Potsdam militärischen Veranstaltungen aus Anlaß des Gedenktages der Schlacht von Großgörschen beizuwohnen gedenkt. In der Rotunde des alten Museums, wo sich der Festakt abspielt, wird für den Kaiser ein Thron errichtet werden. Mit dem Kaiser werden auch die übrigen Mitglieder des Hohenzollernhauses erscheinen, auch der Reichskanzler und die Minister haben bereits zugestimmt. Die Stadt Berlin wird zwölf Mitglieder der hiesigen Behörden abordnen. Deputationen sind bereits mehr als achtzig angemeldet. Außer der Petersburger Akademie werden auch die Akademien, bezw. die Künstlerkassen von London, Kopenhagen, Stockholm, Wien und Rom, sowie alle deutschen Akademien und größeren Künstlervereine Abordnungen entsenden, ebenso die deutschen technischen Hochschulen und die Universitäten. Da die Rotunde selbst unter Hinzunahme des Balkons doch nur sehr beschränkt ist, wird die Platzfrage eine sehr brennende werden, um so mehr, als auch für den a capella Chor und für die Musik Raum freigehalten werden muß. Der Kaiser wird, nachdem Minister Dr. Hoffe gelbrochen, selbst eine Ansprache halten; der Rede des Präzidenten Ede werden dann die Beglückwünschungen der Deputationen folgen.

Der Ceremonienmeister v. Rohe hat mit seiner Familie Berlin verlassen, um sich nach dem Süden zu begeben. Ueber das Endziel und die Dauer der Reise wird zunächst Still-schweigen bewahrt.

Adolf Mühlberg, der weltbekannte Besitzer des Hotel de Rome, ist heute Vormittag im Alter von 77 Jahren verstorben. Seine Witwe, die hundertjährige Schriftstellerin Mühlberg-Diersch, ist ihm vor wenigen Monaten im Tode vorangegangen.

+ Das Torpedoboot „S 46“, welches bei dem Zusammenstoß mit dem gelunkenen Torpedoboot „S 48“ schwer beschädigt wurde, ist ebenfalls gesunken. Nach dem „L.-A.“ sank das Schiff im Hooftseeler Tief, wohin es von der Unglücksstelle geschleppt worden war.

+ In Austerlitz herrscht, wie von dort gemeldet wird, heftiges Schneegestöber; im Thale liegt der Schnee, wie im Winter, meterhoch.

Notales.

Posen, 15. April.

* Zur Erleichterung des Besuchs der in der Zeit vom 18. bis 27. April d. J. in Gnesen stattfindenden Ausstellung für Gasthof- und Haushaltungsgegenstände aller Art und Volksernährung werden am 18., 19., 22., 25. und 26. April auf den Stationen der Strecken Posen-Stralsow und Jaroschin-Gnesen, sowie auf den Stationen Gnesen, Schrobbo, Galtzsch, Wlechen, Orlowo, Schilberg, Kempen, Roschmin, Krotoschin und Miltitz zu sämtlichen fahrplanmäßigen Personenzügen Fahrkarten 2. und 3. Klasse nach Gnesen zum einfachen Personenzugpreise ausgegeben werden, welche zur Rückfahrt — mit Ausschluß der Schnellzüge — noch am 3. Tage, den Tag der Abreise als ersten Tag gerechnet, gelten. Gepäckfreigewicht wird nicht gewährt. Die Unterbrechung der Fahrt wird weder auf der Hin- noch Rückreise gestattet. Findet eine solche dennoch statt, so verliert die Fahrkarte ihre Gültigkeit. Bei der Beförderung von Kindern, sowie bei dem Uebergange aus der dritten in die zweite Wagenklasse finden die Bestimmungen des gewöhnlichen Verkehrs Anwendung.

* Verkehr mit Rußland. Zur Erleichterung des gegenseitigen Verkehrs hat auswärtiger Blättermeldung zufolge, die russische Aufsichtsbehörde gestattet, daß die russischen Eisenbahnen Zugschriften in deutscher Sprache entgegennehmen dürfen, wenn andererseits die deutschen Bahnen Anschriften in russischer Sprache annehmen.

* Personalien. Regierungsdirektor Coeler in Gnesen ist zum Landrath ernannt worden. — Dem prakt. Arzte Dr. War-

minst in Bromberg ist der Charakter als Sanitätsrath bezeichnet worden. — Am Schullehrer-Seminar zu Kroschin ist der bisherige kommissarische Lehrer Dr. Bergemann als Seminar-Oberlehrer definitiv angestellt worden.

Brandbericht. Gestern Nachmittag 1/7 Uhr waren Hinter-Balken Nr. 25 2. Etage in einer verschlossenen Wohnung ein Korb mit Wäsche, Kleidungsstücke und etwas Hausgeräth auf sich nicht mittelste Welle in Brand gerathen. Die Feuerwehre, unterstützt von den Hausbewohnern, löschte das Feuer alsbald ab. n. **Subvention.** Die Gemeindevertretung in Verfaß bewilligte in ihrer heutigen Sitzung dem Vorsteher der Privatmittelschule in Verfaß 1000 M. Subvention für das Jahr 1896/97.

Aus der Provinz Posen.

X. Weichen. 14. April. [Selbstmord.] Der Einwohner Gitting in Retia, früher ein wohlhabender Landwirth, hat sich dieser Tage dort erschossen. Derselbe war 50 Jahre alt und hinterläßt mit der Frau drei Kinder. Die Ursache des Selbstmordes ist wohl in zerrütteten Verhältnissen zu suchen.

Ö. Sauter. 14. April. [Nachtwächter verbrannt.] In der Nacht vom Sonntag zum Montag ist auf dem zu Sauter-Schloß gehörigen Vorwerke Neugebäude der Nachtwächter verbrannt. Derselbe war herunter und hatte sich in diesem Zustande in die Hölle kammer begeben wo sein Bett stand. Beim Hineingehen muß er wohl eine Lampe oder eine Petroleumflasche umgeworfen haben. Als er darauf Licht machen wollte, ist ihm wahrscheinlich das Streichholz entfallen und hat das Petroleum und dann das Bett, auf welches der Mann fiel entzündet. Die Leiche ist bis zur Unkenntlichkeit verbrannt. Außer den im Schlaftaum vorhandenen wenigen Gegenständen ist nichts weiter verbrannt.

rs. Rakwis. 14. April. [Kindesmord.] Eine hier im Dienste lebende Magd hat während der Feiertage ihre in einem Nachbargarten wohnhaften Eltern besucht und dort ein Kind geboren, welches sie kurz nachher in eine Kiste legte und begrub. In den Dienst zurück, erfuhr, wollte sie von einer heimlichen Geburt nichts wissen, jedoch ist die That bald entdeckt und die unnatürliche Mutter verhaftet worden.

Aus den Nachbargebieten der Provinz.

*** Schwes.** 14. April. [Erwerb für die Ansiedlungskommission.] Heute fand hier die Aufstellung des 1400 Morgen großen Rittergutes Jullenhof, Herrn Zwißler bis dahin gehörig, an die k. k. Ansiedlungskommission statt. Reichliche und zweckentsprechende Anwendung von Kunstdünger brachte das Gut in wenigen Jahren in hohe Kultur und ist nach der „Danz. Bzt.“ der Kaufpreis von 170000 M. in Anbetracht des werthvollen Inventars und der reichen Bestände an Futter etc. ein mäßiger.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin. 14. April. Nach den bisher bekannt gewordenen Bestimmungen über den Aufenthalt des Kaiserpaars in Schlesien anlässlich der Herbstmanöver werden der Kaiser und die Kaiserin am 4. September in Breslau eintreffen. An demselben Tage soll dann die Enthüllung des Kaiser Wilhelm-Denkmals und ein Diner der schlesischen Stände stattfinden. Für Sonnabend ist die Parade des 6. Korps, Paradedivision und Zapfenstreich in Aussicht genommen. Am Sonntag darauf würde Nachmittags die Abfahrt nach Görtz erfolgen. Hier finden dann am Montag die Parade des 5. Korps, Diner und Zapfenstreich, am Dienstag Nachmittags ein Essen der Posenischen Stände statt. Der Dienstag Vormittag und die folgenden Tage, 9. bis 12. September, sind den militärischen Übungen gewidmet.

Wien. 14. April. [Abgeordnetenhaus.] Die Regierungsvorlage betreffend die Verstaatlichung der Nordwestbahn und der Südnorddeutschen Verbindungsbahn wurde an den Eisenbahnausschuß verwiesen.

Paris. 14. April. Der Finanzminister Doumer läßt Änderungen an dem Einkommensteuer-Gesetzentwurf auf der von der Kammer bezeichneten Grundlage ausarbeiten, also Vorseitigung der Steuererläuterung und Einführung der Einkünfte. Doumer glaubt, den neuen Entwurf etwa den 27. d. Mts. dem Ministerrath vorlegen zu können.

Paris. 14. April. Ministerpräsident Bourgeois theilte heute im Ministerrath mit, er würde morgen der Eröffnungsfeier des internationalen Kongresses zum Schutze des literarischen Eigentums in Paris und nachher die Theilnehmer an dem Kongress zu einem Frühstück einladen.

Madrid. 14. April. Die voraussichtlichen Ergebnisse der Wahlen sind folgende: Ministerielle 309, konservative Dissidenten 10, Liberale 98, Carlisten 10, Republikaner 2, Unabhängige 10. Die Ergebnisse aus 11 Wahlkreisen sind zweifelhaft. Die liberalen Blätter versichern, Sagasta werde die Ungültigkeitserklärung aller Madrider Wahlen fordern, weil große Wahlfälschungen vorgekommen seien.

H. London. 14. April. „Daily News“ melden aus Rom, daß die Erneuerung des Dreibundes auf Mai nächsten Jahres vertagt worden sei.

London. 14. April. Wie das „Reutersche Bureau“ erfährt, geben 200 Mann vom zweiten Bataillon des Leicesters-Regiments Ende Mai aus Aldershot nach dem Kap, um das erste Bataillon dieses Regiments, welches bereits 900 Mann zählt, zu verstärken.

London. 14. April. Die „Times“ melden aus Kapstadt unter dem 13. d. M.: Hundert Mann gingen heute per Eisenbahn von Johannesburg nach Mafeking ab.

London. 14. April. Die „Morning Post“ bespricht heftig die Thatsache, daß die Rücksicht auf die Empfindlichkeit des Präsidenten Krüger erforderlich machte, Sir H. Robinson's Angebot an Truppenabsendungen nach Matabeleland, wo das Leben englischer Unterthanen in Gefahr ist, aufzuschieben, und verlangt nachdrücklich, eine dauernde Vermehrung der englischen Truppen in Südafrika.

Plsmouth. 14. April. Das heute hier eingelaufene englische Kriegsschiff „Grafton“ landete die Mannschaft des deutschen Dampfers „Neapel“, welche er am 8. Dezember 400 Meilen von Malta an Bord nahm. Der Dampfer „Neapel“ war an dem Galta-Felsen an der marokkanischen Küste gescheitert und binnen einer halben Stunde gesunken.

Durban (Natal). 13. April. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Die englische Regierung kaufte zum Gebrauche im Matabeleland zehn Maxim-Kanonen, welche vor einigen Monaten auf privatem Wege nach Natal

gebracht worden waren. Mit jedem Geschütz werden 10 000 Schuß mitgeliefert werden.

Kopenhagen. 14. April. Der Marinemaler E. Vöcher ist zum Kommissar für die dänische Abtheilung der Berliner Kunstaussstellung ernannt worden. Der Direktor und der Vize-Direktor der hiesigen Kunstakademie, Professor O. Bache und Professor Stein, reisen am 30. April nach Berlin ab, um eine Reise anlässlich des zweihundertjährigen Jubiläums der Berliner Kunstakademie zu überreichen.

Stockholm. 14. April. Die Kronprinzessin Victoria von Schweden und Norwegen beabsichtigt den Monat Juni mit ihren Söhnen in Kreuznach zuzubringen; auch der Kronprinz wird sich nach den Kronungsfeierlichkeiten in Moskau nach Kreuznach begeben.

Amsterdam. 14. April. Nach einer Depesche des „Hambelsblad“ aus Batavia verlautet dort, daß der Anführer der atchinischen Aufständischen Tuku Djohan sich dem holländischen Gouvernement zu unterwerfen beabsichtige.

Konstantinopel. 14. April. Der Bulgarenfürst wurde gestern zum türkischen General-Feldmarschall ernannt; derselbe reiste heute 4 1/2 Uhr ab; der Sultan machte ihm verschiedene Geschenke.

Sofia. 13. April. Die „Agence Balkan'que“ meldet: „Die Nachricht über die Bemühungen zur Aufhebung des bulgarischen Schismas hat hier einen beifolles tiefen, nachhaltigen Eindruck gemacht. Das ganze bulgarische Volk erhebt sich schon gegen die Annahme, daß man es einer solchen Verleumdung seiner nationalen Ideale für fähig halte. Es wird mit Befriedigung konstatiert, daß alle Parteien und alle politischen Elemente sich zu einem mächtigen Protest vereinen. Die Blätter ohne Unterschied der Parteilichkeit erklären, daß der Erzbischof, welcher das kirchliche Oberhaupt der bulgarischen Nation sei, auf nationalem Gebiete weder nachgeben solle noch könne. In hiesigen politischen Kreisen wird das Schisma einzeln und allein vom nationalen Gesichtspunkte aus betrachtet. Die Bulgaren haben niemals das Begehren des Schismas zugegeben, welches im Uebrigen auch ungescheit wäre, da weder Rußland noch die Patriarchen von Jerusalem und Antiochia einem solchen ihre Zustimmung gegeben hätten. Der ungemein tiefe Eindruck, welche die in Frage stehende, alsbald demontirte Nachricht hervorgerufen hat, muß alle Betheiligten, sowie die gesammte politische Welt davon überzeugen, daß die Bulgaren auf diesem Gebiete weder eine Transaktion noch selbst eine Erörterung darüber zulassen werden.“

New-York. 14. April. Der japanische Marschall Yamagata ist auf der Reise nach Moskau hier eingetroffen.

Die Reise des deutschen Kaiserpaars.

Wien. 14. April. Das deutsche Kaiserpaar bewohnt in der Hofburg die großen Fremdenappartements, die Prinzen die Radeguyapartements. Der dem Kaiserpaar zugewiesene Ehrendienst war demselben Morgens bis Baden entgegengefahren. Bei dem Empfang in der Hofburg begrüßte Kaiser Wilhelm den österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Badien freundlichst. Der Kaiser bemerkte, es freue ihn, Graf Badien kennen zu lernen, und beschied denselben auf 5 Uhr zur Privataudienz. Auch mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Baron Vanshy und dem Minister Baron Sziska wechselte der Kaiser freundliche Worte.

Am 12 1/2 Uhr besuchte der Kaiser in Begleitung des Ehrenkavaliers Fürsten Windischgrätz und eines Flügeladjutanten die Erbsengasse, welche am Bahnhof erschienen waren und gab seine Karte ab, während die Kaiserin mit den beiden Prinzen in Begleitung des Fürsten Montenuovo und einer Hofdame bei den Erbsengassen vorüber und ihre Karte abgab. Während der Abwesenheit der Kaiserin erschien die Herzogin von Modena bei derselben zum Besuch. Kaiser Wilhelm begab sich um 1 Uhr in das deutsche Botschaftspalais, um an dem Frühstück bei dem Botschafter Grafen zu Eulenburg theilzunehmen. Graf Eulenburg und Gemahlin erwarteten den Kaiser am Fuße der Treppe, der Kaiser küßte der Gräfin die Hand, gab ihr den Arm und führte sie nach dem Salon, wo sich bereits der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe, Fürst Bismarck und die Kinder des Grafen zu Eulenburg versammelt hatten. Die Kaiserin und die Prinzen trafen etwas später ein. Nach dem Dejeuner gielt Fürst zu Hohenlohe dem Kaiser Vortrag. Im Laufe des Nachmittags besichtigten, wie schon kurz gemeldet, die Kaiserin und die Prinzen die spanische Reitschule, sodann folgte die Besichtigung verschiedener Sehenswürdigkeiten, darunter der Stefanskirche. Die kaiserlichen Prinzen Friedrich Wilhelm und Eitel Friedrich lebten um 6 Uhr von der Besichtigung der Sehenswürdigkeiten zurück und fuhren um 7 1/2 Uhr nach dem Bahnhof.

Wien. 14. April. Kaiser Wilhelm empfing heute Nachmittags 4 1/2 Uhr die Ministerpräsidenten Grafen Badien und Baron Vanshy in besonderer Audienz.

Wien. 14. April. An der Galafest, welche zu 110 Gedecken im Ceremonienaal der Hofburg zu Ehren des Deutschen Kaiserpaars stattfand, nahmen Theil: der deutsche Kaiser in der Obersten-Uniform seines Husaren-Regiments, Kaiser Franz Josef in der Uniform eines preussischen Feldmarschalls, die deutsche Kaiserin, die in Wien anwesenden Erzherzoge und Erzherzoginnen, die Ministerpräsidenten Badien und Baron Vanshy, die gemeinsamen und die österreichischen Minister, die Ehrenkavaliers, das beiderseitige Gefolge, Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe und Gemahlin, der deutsche Botschafter Graf zu Eulenburg und Gemahlin, der österreichische Botschafter in Berlin Graf Szeghényi und Gemahlin, Prinz Hohenlohe-Dehringen und andere Hofwärtenträger, Kardinal-Fürstbischof Gruscha und Generalstabschef Freiherr v. Beck. Kaiser Franz Josef ging mit der deutschen Kaiserin am Arm in den Saal, Kaiser Wilhelm führte die Erzherzogin Maria Josefa. Die Ehrensitze an der hufeisenförmigen Tafel hatten die deutsche Kaiserin und die Erzherzogin Maria Josefa. Zur Rechten der Kaiserin saßen Kaiser Franz Josef, die Erzherzoge Otto, Ludwig Viktor, Franz Salvator, Eugen und die Gemahlin des Reichskanzlers Fürsten zu Hohenlohe. Zur Linken der Erzherzogin Maria Josefa saßen der deutsche Kaiser, die Herzogin von Modena, die Erzherzoge Ferdinand, Josef Ferdinand, Friedrich und Rainer. An der Festtafel herrschte die gehobenste Stimmung. Die deutsche Kaiserin unterhielt sich lebhaft mit Kaiser Franz Josef, Kaiser Wilhelm mit der Erzherzogin Maria Josefa und der Herzogin von Modena. Die Erzherzoge Franz Salvator, Friedrich, Eugen und Rainer trugen preussische

Uniformen. Die Tafelmusik stellte die Hofkapelle Eduard Strauß. Nach dem Galabiner, welches bis 6 1/2 Uhr dauerte, wurde bis nach 7 Uhr Cercle abgehalten. Nachdem sich die deutsche Kaiserin in ihre Gemächer zurückgezogen, sprach dieselbe den Wunsch aus, die Tochter der Kronprinzessin-Wittwe, Erzherzogin Stefanie, die Erzherzogin Elisabeth, zu sehen, welche darauf von einer Hofdame zu der Kaiserin geleitet wurde. Die Kaiserin unterhielt sich längere Zeit mit der jungen Erzherzogin. Kaiser Franz Josef ernannte den deutschen Kronprinzen zum Lieutenant des 7. Husaren-Regiments, den Prinzen Eitel Friedrich zum Lieutenant des 34. Infanterie-Regiments, welches den Namen des deutschen Kaisers trägt. Erzherzog Otto sowie zahlreiche Mitglieder des diplomatischen Korps gaben in der Hofburg für das deutsche Kaiserpaar ihre Karten ab.

Das deutsche Kaiserpaar wohnte heute Abend der Aufführung der Goldmarken-Oper „Heimchen am Herd“ im Hofoperntheater bei. Eine überaus große Menschenmenge hielt die Straße von der Hofburg bis zum Theater dicht besetzt und begrüßte den Kaiser Franz Josef und dessen hohe Gäste auf der Fahrt mit brausenden Hochrufen. Um 9 1/2 Uhr war die Vorstellung beendet.

Wien. 14. April. Das deutsche Kaiserpaar fuhr von der Hofoper unter brausendem Jubel nach dem Nordbahnhof, wo die Kaiserin um 10 Uhr abfuhr. Kaiser Franz Josef begleitete Johann den Kaiser Wilhelm zur deutschen Botschaft, wo der Kaiser den Thee einnahm, und kehrte allein zur Hofburg zurück.

Wien. 14. April. Die Wiener Blätter widmen der Ankunft des deutschen Kaisers äußerst sympathische Begrüßungsartikel. Das „Fremdenblatt“ weist auf den jubelnden Empfang des deutschen Kaisers in Italien hin und sagt: „Zur neuen Festigung des Dreibundes wird in Österreich-Ungarn als eine stetige Kräftigung und als eine der wichtigsten Aufgaben betrachtet und mit großer, aufrichtiger Befriedigung begrüßt. Die Allianz der drei Reiche ist eine Defensallianz, darum ist sie auch so populär bei den betreffenden Völkern und darum ist auch die Fortdauer so gesichert.“ Die „Presse“ sagt: „Der Inhalt der Begleitung ist ein offenkundiger und klarer, es ist der Friede, dem der ganze Welttheil die Segnungen ruhiger Kulturarbeit, sowie des wirtschaftlichen und geistigen Aufschwungs verdankt.“ Das „Neue Wiener Tagblatt“ führt aus: „Der Aufenthalt des deutschen Kaisers in Italien und Österreich bezeugt, daß der große Friedensbund immer mehr an imponirender Festigung zunimmt.“

Berlin. 14. April. Die Kaiserin trifft Morgen Mittag 12 Uhr 40 Minuten auf dem Bahnhof Friedrichstraße aus Wien hier ein. Die Abreise nach Bismarck mit den beiden Prinzen erfolgt entweder am Freitag Abend oder Sonnabend früh. Von Bismarck aus führt die Kaiserin nach Berlin zurück und begibt sich von hier aus nach Koburg zu den Vermählungsfeierlichkeiten.

Der Chef des Militärkabinetts, Generaladjutant v. Hahnke hat sich zum Vortrage beim Kaiser nach Wien begeben.

Karlsruhe. 14. April. Die „Karlsruher Zeitung“ meldet: Die Ankunft des Kaisers erfolgt Donnerstag, den 16. d. Mts., Vormittags nach 11 Uhr, mittels Sonderzuges von Wien, von wo der Zug Mittwoch Abend abgehen wird. Der Kaiser hat sich jeden offiziellen Empfang vorbehalten. Voraussichtlich begleitet sich der Kaiser am Donnerstag mittels Sonderzuges nach Bismarck und von dort zu Wagen nach dem Jagdhaus Kalkenbrunn. Der Aufenthalt dort ist der Auerhahnjagd gewidmet; dieselbe wird mehrere Tage in Anspruch nehmen. Der Erbprinz begleitet den Kaiser. — Das erbgroßherzogliche Paar, welches heute früh aus Luxemburg wieder in Freiburg eingetroffen ist, gedenkt morgen nach hier zurückzukehren.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechkreis der „Pos. Bzt.“

Berlin. 15. April. Vormittags.

Die „Nordb. Allg. Bzt.“ schreibt: Die Entschädigungen, welche der Congo Staat in Sachen Vothaire-Stokes an die deutsche Regierung bezahlen mußte, sind groß genug, um den in dem deutschen Schutzgebiete wohnhaften Opfern Vothaires eine angemessene Schadloshaltung zu gewähren, was auf die Eingeborenen außerordentlich günstig einwirkte, indem dies die Macht der deutschen Schutzherrschafft deutlich bezeugt. Die eingeborene Frau Stokes sandte einen herzlichen Dankbrief an Bismarck, nachdem sie die Entschädigungssumme erhalten.

Das „Nl. Journ.“ meldet aus Wien: Gleich nach der Ankunft des Kaisers am dem Galabag des Kronprinzen Rudolf einen Kranz niederlegen mit der Widmung: Seinem treuen Freunde Wilhelm II.

Die „Pos. Bzt.“ meldet aus Brüssel: Von 24 000 Arbeitern der belgischen Waffenfabrik Herstal sind 2000 ausständig.

Petersburg. 15. April. Nach Meldungen Wladivostoker Blätter soll das gegenwärtig von einem General-Gouverneur verwaltete Amur-Gebiet in eine kaiserliche Statthalterchaft umgewandelt werden. In Wladivostok würde eine Marine-Präfectur errichtet werden.

London. 14. April. Chamberlain erhielt eine Depesche des Gouverneurs von Hongkong, wonach in der letzten Woche 67 Neuerkrankungen an der Beulenpest vorgekommen sind.

Kairo. 14. April. [Neuermeldung.] Es ist angeordnet, daß bis zum August d. J. 3 Flugdampfer armirt werden.

Savanna. 15. April. Mehrere Abtheilungen der Spanier griffen die Insurgenten in der Provinz Binar del Rio an. Die Aufständischen wurden mit großen Verlusten zurückgeschlagen.

Kapstadt. 15. April. [Neuermeldung.] Die Eingeborenen bei Genefa-Tanngs in British-Betschuanaland sind sehr erregt. (Das soll heißen: sie befinden sich im Aufstand. — Red.) Viele Betriebe sind in Kriegs-Vorbereitung. Im Norden von Transvaal wird ebenfalls ein Aufstand erwartet.

Bloemfontein. 15. April. [Neuermeldung.] Im Volksrath wurde gestern mit großer Majorität über den Einfall Jamesons verhandelt; aber ein Antrag, in welchem der Volksrath seine Zufriedenheit mit dem Vorgehen der britischen Regierung ausdrückt, wurde nicht angenommen.

Bojen	am 14.	April Mittags	1,58	Meter
"	" 14	" Morgens	1,58	"
"	" 15.	" Morgens	1,48	"

Königsberg, 14. April. Getreidemarkt. Weizen unverändert, Roggen weicher, per 2000 Pf. Zollgewicht 105—106. Gerste rubig, Hafer unverändert, do. loco per 2000 Pfund Zollgewicht 105. — Weiße Erbsen per 2000 Pfund Zollgewicht 105,00. Spiritus per 100 Liter 100 Proa. loco 32,10 do., do. per April 33,20 do., do. per Frühjahr 33,70. — Wetter: Trübe.

Donau, 14. April. Getreidemarkt. Weizen loco unverändert, Unlos 350 Kr., do. inländ. hochbunt und weiß 155, do. inländ. hellbunt 150, do. Transit hochbunt und weiß 118, do. hellbunt 114, do. Termin zu freiem Verkehr per April-Mai 147,00 do. Transit per April-Mai 113,00, Regulirungspreis zu freiem Verkehr 154. — Roggen loco unverändert, do. inländischer 110, do. russischer und polnischer zum Transit 74, do. Termin per April-Mai 114,00, do. Termin Transit per April-Mai 80,00, do. Regulirungspreis zum freien Verkehr 110. — Gerste große (660—700 Gramm) 113. — Gerste kleine (625 bis 660 Gramm) 104,00. — Hafer inländischer 103. — Erbsen inländische 110. — Spiritus loco kontingentirt 51,50, nicht kontingentirt 32,00. — Wetter: Bewölkt.

Bremen, 14. April. (Hörles - Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Petroleum-Hörle.) Behauptet. Loko 5,60 Br. Russisches Petroleum, loko 5,35 Br. Schmelz. Rublg. Bilcoy 28 $\frac{1}{2}$ Pf., Armour (Heid 27 $\frac{1}{2}$ Pf., Eubach 29 Pf., Choice Grocery 29 Pf., White label 29 Pf., Fairbanks 26 Pf.

Spec. Rublg. Short clear middling loto 26 $\frac{1}{4}$ St.
 Raffee fest.
 Baumwolle. Rublg. Urpland middl. loto 41 St.
 Woll. Umsab: 303 Ballen.
 Tschel. Umsab: 2 Tsch. Centuch 22 Tsch. Worppland

Samburg, 14 April. (Schlußbericht.) Rassee. Good aberage Santos per Mai 66%, per Sept. 63, per Dez. 59 $\frac{1}{2}$, per März 60. Bebaudet.

Hamburg, 14. April. (Schlußbericht.) Zuckermarf. Rüben-
Rohrader I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Mance, frei
an Bord Hamburg, per April 12,82 $\frac{1}{2}$, per Mai 12,90, per Juni
13,12 $\frac{1}{2}$, per August 13,22 $\frac{1}{2}$, per Decbr. 11,92 $\frac{1}{2}$, per März 12,17 $\frac{1}{2}$.
Guthe.

Paris, 14. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen
behalten, per April 18,15, per Mai 18,35, per Mai-August 18,55,
per September-Dezember 18,65. — Roggen ruhig, per April 10,35,
per September = Dezember 10,75. — Wehl fest, per April
39,25, per Mai 39,85, per Mai-August 40,10, per September-
Dezember 40,85. — Rüböl behaupt., per April 53¹/₂., per Mai 52¹/₂.,
per Mai-August 52, per September-Dezbr. 52. — Spiritus
ruhig, per April 31¹/₂., per Mai 32, Mai-August 32¹/₂., per Sept.-
Dezbr. 32¹/₂. — Wetter: Regen.

Paris, 14. April. (Schluß.) Rohzucker fest, 88 Proz. loco 32 $\frac{1}{2}$ /. — Aelterer Zucker behauptet, Nr. 3, per 100 Kilogramm per April 34 $\frac{1}{2}$ /, per Mai 34 $\frac{1}{2}$ /, per August 34 $\frac{1}{8}$ /, per Januar 33.

Sabre, 14. April. (Telegr. der Hamb. Firma Belmann, Biegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 15 Points Haufe.
Rio 3000 Cad, Santos 2000 Cad, Recettes für zwei Tage.
Sabre 14 April (Telegr. der Hamb. Firma Belmann, Biegler

Amsterdam, 14. April. Java-Kaffee good ordinary 52.

Amsterdam, 14. April. Bancairinn 36 $\frac{1}{2}$.

Amsterdam, 12. April. (Getreidemarkt.) Weizen auf Termine behauptet, do. per Mai 157, do. per November 158. — Roggen loco —, do. auf Termine ruhig, do. per Mai 101, per October 101. do. per October 103.

Amsterdam, 14. April. Die heute von der Niederländischen Handelsgeellschaft abgehaltene Kasseantion eröffnete für Nr. 1 50,25, Nr. 2 52—52,25, Nr. 5 52,75, Nr. 8 52, Nr. 12 54,75, 15 57,25, Nr. 16 55,50—56, Nr. 18 55,0—56, Nr. 19 57,25 57,50. Nr. 20 55—55,50.

Antwerpen, 14. April. Petroleummarkt. (Schlußbericht.)
 raffiniertes Type weiß loco 15 $\frac{1}{4}$ bez. u. Br., per April 15 $\frac{1}{4}$ Br.,
 Mai 15 $\frac{1}{4}$ Br. Rubia.

Antwerpen, 14. April. [Getreidemarkt.] Weizen bef., Roggen
 sig. Hafer rubig. Gerste rubig.
 London, 14. April. (Wohlgekauft) 44¹/₂ pr 3 Monat 45¹/₂

London, 14. April. Antikörper 44 $\frac{1}{2}$ pr. 3 Monat 45 $\frac{1}{2}$.
London, 14. April. An der Küste 6 Weizenladung angeboten.
Wetter: Regenschauer.

Gull, 14. April. Getreidemarkt. Weizen fester. — Wetter:

Liverpool, 14. April. Getreidemarkt. Weizen und Mehl

Liverpool, 14. April, Nachm. 4 Uhr 20 Min. (Baumwolle.)
 lag 8000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 Bal-

1/2 ster. Amerikaner $\frac{1}{2}$ höher.
 Wdhol. amerikanische Lieferungen: Stettig. April=Mat $4^{\frac{1}{2}}$
 Verkaufspreis, Mat=Juni $4^{\frac{1}{2}}$, Juni=Juli $4^{\frac{1}{2}}$, Juli=August $4^{\frac{1}{2}}$, August=Septbr $4^{\frac{1}{2}}$, Septbr=Oktbr $4^{\frac{1}{2}}$, Oktbr=Novbr $4^{\frac{1}{2}}$, Novbr=Dezbr $4^{\frac{1}{2}}$, Dezbr=Januar $4^{\frac{1}{2}}$, Januar=Februar $4^{\frac{1}{2}}$, Februar=März $4^{\frac{1}{2}}$, März=April $4^{\frac{1}{2}}$.

Preis, Juli=August $4\frac{1}{8}$ — $4\frac{1}{16}$ d., August=Septbr. $4\frac{1}{16}$ d., Septbr.=Oktbr. $4\frac{1}{16}$ d., Oktober=November $3\frac{1}{16}$ d., November=Dezember $3\frac{1}{16}$ d., Dezember=Januar $3\frac{1}{16}$ d., Januar=Februar $3\frac{1}{16}$ d., Februar=

Petersburg, 14. April. Produktenmarkt. Weizen loco 8,50, Roggen loco 5,00. Hafer loco 3,40. Weizenmehl loco 11,00. Hafermehl loco 48,00, per August —. Wetter: Trübe.

Newhork, 14. april. Weizen-Verkäufungen der letzten Woche den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 82 000, do. nach Frankreich — do. nach dem anderen Theil der Continents 27 000 do. nach Californien und Oregon noch

Newhork, 14. April. **Wible Supply** an Weizen 59 330 000

Newhork, 13. April. Baarenbericht. Baumwolle in New-
7 1/2. do. in New-Orleans 7 1/8. Petroleum Standard white

New-York 6,90, do. in Philadelphia 6,85, do. robes (in Cases)
do. Bipe line certifik., per Mai 120 nom. — Schmalz
fiern steam 5,27½, do. Robe u. Brothers 5,60. — Mais Ten.

g: fest, per April 37, per Mat 36 $\frac{1}{2}$, per Juli 37 $\frac{1}{2}$.
 Weizen. Tendenz: fest. — Rother Winterweizen
 per April 75 $\frac{1}{2}$, per Mat 72 $\frac{1}{2}$, per Juli 71 $\frac{1}{2}$.
 S. 71 $\frac{1}{2}$. — Getreidefrucht nach Rüberruss 1. — Rüböl

der 3/4, Kupfer 10,80, Zinn 13,25.

Chicago, 13 April. Weizen. Tendenz: fest, do. per April
do. per Mai 65½. — Mais. Tendenz: fest, do. per April
— Schmalz per April 5,00, do. per Mai 5,05. —

ed Port clear 4.62 $\frac{1}{2}$. Port per April 8.55.
 Berlin, 15. April. Wetter: Schön.
 Rembark 14 April Reisen per April 74 $\frac{1}{2}$. per Mai 72 $\frac{1}{2}$.

Stelohort, 14. April. Zeigen der April 14 1/4. der Juli 12 1/4.

Es liegen schon heute wieder bessere Depeschen vor aus Nordamerika, hier jedoch ist keine Neigung vorhanden gewesen, ihnen wesentlichen Gewicht beizulegen. Im Beginn des hiesigen Marktes war allerdings die Stimmung für Getreide im Allgemeinen fest, aber bei ganz außerordentlich schwacher Theilnahme am Geschäft ist die Haltung sehr bald wieder ermattet. Was speziell den Handel in Weizen anlangt, so ist es nur in ganz vereinzelt Fällen gelungen, anfänglich ein wenig gesteigerten Forderungen Gehör zu verschaffen. Der Mangel an Kaufwilligsteit später die wenigen Verkäufer zu merklicher Nachgiebigkeit. Roggen, der sehr wenig Beachtung gefunden hat, mußte auf nahe Lieferung nicht unerheblich billiger erlassen werden, um das bescheidene Realisationsangebot unterzubringen. Hafer ist solo ziemlich preis haltend, Termine waren aber matter und sehr still. Rüböl zeigt keine Aenderung, der Umsatz blieb ganz beschränkt. Für Spiritus ist einige Preisverschlechterung festzustellen, doch die Haltung war mehr noch gedrückt, als in den Breisen erkennbar geworden. Die Rübölstatistik mit colossaler Production, mit wüthendem Export und mit starker Vermehrung der Vorräthe ist nur zu sehr geeignet Verstimmung hervorzurufen.

Weizen koft still, Termini fehr eröffnend, fchließen matter.
 Roggen koft faft gefchloffen, Termini ermatteten merklich
 im Laufe des Marktes. — Rüböl koft und Termini matt. Gef.
 50 To. — Hafer koft nur feine Waare beachtet, Termini matter.
 Roggenmehl matter. — Rüböl rubig. — Petro-
 leum unverändert. — Spiritus in gedrückter Haltung.

Weizen 100 150-164 M. nach Qualität gefordert, Mai
157,75-157-157,25 M. bez., Juni 157,25-156,50 M. bez., Juli
156,50-155,75 M. bez., September 154,75-154 M. bez.

Roggen No 118-122 M. nach Qualität gefordert. Hammer
 Inländischer 117 M. ab Binn bez., Mai 121,25-121,50-121,75 M.
 bez., Juni 122,50-122,75-122,25 M. bez., Juli 123,75-124 bis
 123,25 M. bez., September 125-124,50 M. bez.

Dr. a 18 Ioto 89-94 R. nach Qualität gefordert, April 88 25
Dr. bez., Drat 90 R. bez., Sept. 92, 50 R. bez.
Gerste Ioto per 1000 Kilogramm 113-170 R. nach Qual.

Safer loco 115—145 M. per 1000 Allogr. nach Qualität
gefordert. Mittel und guter oft und westpreussischer 116—127 M.
bei Hammerstein, unterhalb der Hammerstein, unterhalb der Hammerstein.

bez., 56 pommerscher, udermärkischer und medlenburgischer 117
bis 128 M. bez., ferner preussischer, medlenburgischer und pom-
merischer 130—137 M. ab Bahn bez., Rat 120,50—120 M. bez.,
Juni 121 M. bez., Juli 122 M. bez.

Erbsen. Rothwaare 143—160 R. per 1000 Pflögr., Futter-
waare 120—132 R. per 1000 Pflögr. nach Qual. bez., Viktoria-Erbsen
145—160 R. bez.

Reb l. Weizenmehl Nr. 00: 21,00—18,75 Mark bez., Nr. 0 und 1: 17,00—14,00 M. bez., Roggenmehl Nr. 0 und 1: 16,50 bis 15,75 Mark bez., April 16,25 M. bez., Mai 16,30 M. bez., Juni 16,10 M. bez., Sept. 16,50 M. bez.

Sum 16,40 M. bez., Sum 16,50 M. bez.
 Nubdi lofo ohne Faß 44,7 M. bez., Mat 45,1 Mat bez.,
 Ott. 45,6 M. bez.
 Retroseum lofo 1960 M. bez., April 1960 M. bez.

Spiritus unverfeuert zu 50 M. Verbrauchsabgabe 10%
ohne Faß 52,8 M. bez., unverfeuert zu 70 M. Verbrauchsabgabe
10% ohne Faß 33 M. bez., Mat 39—39,1 M. bez., Juni 38,4

Mt. bez., Juli 38,6 Mt. bez., August 38,7-38,8 W. bez., Sep=
 tember 38,9-38,7-38,9 W. bez., Oktober 38,8 W. bez.
 Kartoffelmehl April 14,25 W. bez.
 Kartoffelmehl April 14,25 W. bez.

Die Regulirungspreise wurden festgesetzt: für Mais auf 88,75 M. per 1000 Kilo. (M. G.)

Fos zu Umrrechnung: 1 Livre Sterling = 20⁰ M. 1 Rubel = 3,20 M. 1 Gulden öster. W. = 1,70 M. 7 Gulden südd. = 12 M. 1 Gulden hell. W. = 1,70 M. 1 Francs, 1 Lira oder 1 Peseta = 0,80 M.

[illegible]